

Anfragen zum Plenum in der 15. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der laut Entwurf des Mindestwasserleitfadens betroffenen rund 2.800 Anlagen müssen in den nächsten fünf Jahren eine neue wasserrechtliche Bewilligung beantragen bzw. wie viele der 2.800 Anlagen haben derzeit keine wasserrechtliche Bewilligung und wie wirkt sich der Leitfaden auf diese Anlagen ohne Bewilligung aus?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem die Staatsregierung für den 22.03.2018 ein eigenes Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge angekündigt hatte, aber bis heute weder ein Gesetz noch ein Datum zur Vorlage des Gesetzes bekannt ist, was mittlerweile zu großer Rechtsunsicherheit bei Kommunen und Bürgerinnen bzw. Bürgern führt, frage ich die Staatsregierung, wann sie das Gesetz vorstellen wird, ob sich dabei sowohl Kommunen, die bisher eine Straßenausbaubeitragssatzung hatten als auch Kommunen ohne einer solchen Satzung darauf verlassen können, dass Straßenausbaumassnahmen durch einen staatlichen Fördertopf künftig vergleichbar unterstützt werden, als wenn sie die Beiträge auf die Anlieger umlegen könnten und ob die Staatsregierung nicht auch der Meinung ist, dass es angebracht ist, betroffenen Anliegern bis zum 01.01.2014 rückwirkend bereits bezahlte Straßenausbaubeiträge zu ersetzen?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ermittlungsverfahren im Bereich der Wilderei waren in Bayern in den vergangenen fünf Jahren anhängig (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken), wie viele Verfahren wurden abgeschlossen und in wie vielen Fällen erfolgte eine Verurteilung bei Gericht?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche exakte Personalstärke ist für die Polizeiwache in Selb für die kommenden fünf Jahre geplant und gibt es diesbezüglich Unterschiede bei der Besetzung der Tag- bzw. der Nachtschicht?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle gibt es in Bayern, bei denen Zweit- oder noch mehrere „Ehefrauen“ zu ihren „Ehemännern“ nachziehen konnten bzw. können, wie viele Kinder betraf bzw. betrifft diese Regelung und wie ist die Rechtsauffas-

sung der Staatsregierung zu dieser Problematik, insbesondere vor dem Hintergrund, eine einheitliche Rechtsprechung in ganz Deutschland sicherzustellen?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem aktuellen Zustand sind die einzelnen Bahnhöfe in Oberfranken bezogen auf Barrierefreiheit (barrierefrei bzw. aktueller Planungsstand bzw. Baubeginn für jeden einzelnen Bahnhof), welche Bahnhöfe in Oberfranken stehen in den nächsten fünf Jahren definitiv zum barrierefreien Ausbau an (bitte genauen Zeitpunkt angeben) und wie viele Bahnhöfe in Oberfranken sind angeblich barrierefrei, können aber wegen dem Zugmaterial bzw. der Gleishöhe doch nicht von Menschen mit Behinderung selbstständig (ohne jegliche Hilfe) genutzt werden?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Maßnahmen will sie über die bereits existierenden Programme hinaus die bayerische Berglandwirtschaft sowie Alm- und Alpwirtschaft fördern und ihre Zukunft sichern, wie will sie die Förderung so gestalten, dass sie den Erschwernissen und Standortnachteilen besser gerecht wird, zum Beispiel durch die Einführung eines Instruments wie dem österreichischen Berghöfekataster, und was tut die Staatsregierung über bestehende Förderungen hinaus, um den Arbeitskräftebedarf in der Berglandwirtschaft sowie Alm- und Alpwirtschaft auch in Zukunft sicherzustellen?

Kerstin Celina
(GRU)

Nachdem der Betreiber des Schotterwerks Aub (Lkr. Würzburg) nun von der Staatsanwaltschaft Würzburg wegen schwerwiegenden Umweltdelikten angeklagt wurde und es zu einem Urteil kommen kann, das möglicherweise hohe finanzielle Konsequenzen für den Betreiber des Schotterwerks Aub hat, indem ihm auferlegt wird, den illegal abgelagerten Müll zum Zwecke der Grundwassersicherung zu beseitigen, frage ich die Staatsregierung, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, sicherzustellen, dass der Betreiber die finanziellen Mittel für die Beseitigung aufwenden kann, ob es die Möglichkeit gibt, die laufenden Gewinne des Betriebs zu sichern, bis es zu einem Urteil kommt und wer bei einer Zahlungsunfähigkeit des Betreibers die Kosten einer umweltverträglichen Beseitigung zu tragen hat?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, warum kann der, vom damaligen Staatssekretär des Innern, für Bau und Verkehr, Gerhard Eck, gegenüber der Delegation des Marktgemeinderates Sulzbach im Oktober 2017 genannte Zeitplan (siehe „Main-Echo“ vom 28.10.2017 „Ministerium sagt zügige Planung zu“), für die Umsetzung der Ortsumgehung Sulzbach nicht eingehalten werden bzw. welche neuen Fakten waren bei dem Gespräch im Oktober noch nicht bekannt und welche neuen Untersuchungen bzw. Prüfungsstudien und Genehmigungsphasen (bitte genaue Angabe der Untersuchungen bzw. Studien und der veranlassenden Behörden) müssen noch durchgeführt werden, um das Planfeststellungsverfahren noch vor dem Jahre 2020 einzuleiten?

Karl Freller
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Bestand an staatlich geförderten Sozialwohnungen haben die mittelfränkischen kreisfreien Städte Ansbach, Erlangen, Fürth, Nürnberg und Schwabach sowie die Landkreise Fürth, Nürnberger Land und Roth aufzuweisen, wie viel staatlich geförderter sozialer Wohnraum ist dort jeweils in den vergangenen fünf Jahren entstanden und wie ist das Verhältnis von Sozialwohnungen zur jeweiligen Einwohnerzahl?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit sieht sie Veranlassung und Notwendigkeit, aufgrund des medizinischen Fortschritts das Regelwerk Polizeidienstvorschrift (PDV) 300 zur Polizeidienst(un)fähigkeit anpassend zu überarbeiten, welchen Ermessensspielraum gibt es mit Blick auf die Feststellung der Polizeidienstfähigkeit bei einer Rot-Grün-Sehschwäche (Deuteranomalie) und wie beurteilt die Staatsregierung zusammenfassend die einschlägigen Urteile der Verwaltungsgerichte seit dem Jahr 2012 im Zusammenhang mit dem Regelwerk PDV 300?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche pädagogischen Professionen werden neben Lehrkräften an den bayerischen Schulen eingesetzt (bitte aufgeschlüsselt nach Aufgabengebiet und Schulart), wie viele sind im laufenden Schuljahr eingesetzt (bitte aufgeschlüsselt nach Aufgabengebiet und Schulart) und was ist jeweils die rechtliche Grundlage (für Einsatz und Finanzierung)?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wird mit Auslaufen des Modellversuchs zum islamischen Religionsunterricht das bisher bestehende Unterrichtsangebot in diesem Bereich abgeschafft, wurden das Vorgehen und die Fortführung des Angebots für muslimische Schülerinnen und Schüler nach Auslaufen des Modellversuchs mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Universität Augsburg sowie dem Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) besprochen und wie soll die Vermittlung der Inhalte des Islamunterrichts künftig in einen „verstärkten Ethikunterricht“ (Zitat des Staatsministers für Unterricht und Kultus, Bernd Sibler) integriert werden?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann wurde Herr Leitender Kriminaldirektor Alois Mannichl zur Errichtung einer Arbeitsgruppe - zum Aufbau der von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigten neuen Bayerischen Grenzpolizei - beauftragt, wo ist der Sitz dieser Stabsstelle und wann ist mit einer Vereinbarung mit dem Bund zu diesem Vorhaben zu rechnen?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an wie vielen Schulen in Bayern wird das Lehrerkollegium durch andere pädagogische Professionen (multiprofessionelle Teams) in der Arbeit mit Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterstützt, wie viele Lehrkräfte (umgerechnet in Vollzeitstellen) sind im Mobilen Sonderpädagogischen Dienst tätig und wie viele von diesen Lehrkräften sind keine ausgebildeten Sonderschulpädagogen?

Harald Güller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich in Fortführung der Ergebnisse der Antwort auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten

Andreas Lotte (Drs. 17/15928) die staatlich geförderten Wohnungen im Rahmen der Wohnungsbauförderung für alle (3. Säule) aus dem Wohnungspakt Bayern für das Jahr 2017 für die Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg sowie die Stadt Augsburg entwickelt haben (bitte in entsprechender Aufschlüsselung der Anlagen 1 und 2 aus der genannten Drucksache)?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Nachdem sich laut Medienberichten vom Februar 2017 das damalige Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (StMI) weigerte, 500 betroffene Polizeiautos einem umstrittenen Software-Update zu unterziehen, um eine spätere Geltendmachung von Ansprüchen nicht zu erschweren, frage ich hiermit die Staatsregierung, ob die Situation sich nach wie vor so darstellt, ob schon betroffene Polizeiautos stillgelegt wurden und mit welchem Ergebnis die rechtliche Bewertung des damaligen StMI mittlerweile abgeschlossen ist?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wann genau werden bei welchen Personengruppen von Asylsuchenden in Bayern Sozialleistungs-sanktionen verhängt und möchte die Staatsregierung in Zukunft von Sozialleistungs-sanktionen nach dem Beschluss des Bayerischen Landessozialgerichts vom 01.03.2018 (LSG München, Beschluss v. 01.03.2018 – L 18 AY 2/18 B ER) absehen?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Fischottermanagementpläne sind derzeit in Kraft, welche Erfahrungen ergaben sich und in welchem Zeitraum ist eine Aktualisierung vorgesehen?

Alexander König
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Iststärke und die Sollstärke der Bayerischen Polizei bei den einzelnen Polizeipräsidien am 09.04.2018, welche prozentuale Abweichung errechnet sich hieraus und welche unvermeidlichen Gründe gibt es hierfür?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Nachdem es am 14.03.2018 in der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den dort untergebrachten Flüchtlingen mit 30 Verhaftungen kam und der Grund dafür laut Polizeiangaben das aggressive Verhalten der Flüchtlinge und die von den Bewohnern ausgehende Gewalt war, aber die Bewohner der Erstaufnahme, deren Stellungnahme durch Studierende der Katholischen Stiftungshochschule München weitergeleitet wurde, die Situation so beschreiben, dass die Lage aufgrund des Verhaltens der Polizei eskaliert sei, frage ich die Staatsregierung, wurden seitens der Polizei Tränengas und Pfefferspray in geschlossenen Räumen benutzt, wurden die Bewohnerinnen und Bewohner der Erstaufnahme in ihre Zimmer gesperrt mit nicht zu öffnenden Fenstern und welche Art von Widerstand haben die Flüchtlinge der Erstaufnahmeeinrichtung gegenüber der Polizei geleistet, die ein polizeiliches Großaufgebot zur Durchsuchung der Räumlichkeiten rechtfertigt?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Position vertritt sie bezüglich der momentan in der Stadt München heiß diskutierten SEM (städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen), sieht sie darin zukunftsfähige Modelle oder gibt es hier andere Alternativen?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie kann für von Leserechtschreib-Schwäche betroffene Schülerinnen und Schüler nach dem Wechsel an eine Berufsschule gewährleistet werden, dass sie weiterhin die notwendige Förderung wie an den allgemeinbildenden Schulen (z. B. Vorlesen der Prüfungsaufgaben) erhalten, insbesondere unter der Berücksichtigung, dass nicht für alle Berufszweige auch entsprechende Förderberufsschulen in erreichbarer Nähe liegen, und auf welche rechtliche Grundlage kann sich die Forderung gegenüber der Schule dann stützen?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen bis zum 01.07.2018 bzw. insgesamt für die geplante Bayerische Grenzpolizei eingerichtet werden sollen bzw. ggf. schon eingerichtet wurden, mit welcher Wertigkeit (Besoldungsgruppe, Eingruppierung) und wo dieses vorgesehene Personal abgezogen werden musste, um zur Verfügung zu stehen?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche öffentlichen Schwimmbäder in der Oberpfalz haben in den letzten zehn Jahren staatliche Fördermittel für Bauinvestitionen bzw. Sanierungsmaßnahmen erhalten (bitte aufgeschlüsselt nach kreisfreien Städten und Landkreisen und jeweiligen Maßnahmen), an welchen Grundschulen kann kein regelmäßiger Schwimmunterricht angeboten werden und was sind jeweils die Gründe hierfür?

Ruth Müller
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass Stadt und Landkreis Landshut ab 2019 im Rahmen des neuen Verkehrsverbundes mit einem geplanten Gemeinschaftstarif und einheitlichen Tickets für alle Buslinien endlich für mehr Klarheit und Effizienz im regionalen ÖPNV sorgen wollen und es gleichzeitig die Bemühungen gibt, der Europäischen Metropolregion München (EMM)-Mitgliederversammlung einen flächendeckenden ÖPNV-Tarif für die gesamte Metropolregion, also auch für den Raum Landshut, zu unterstützen (hierzu liegt ein „Basiskonzept“ für einen „Dachtarif“ vor), frage ich die Staatsregierung, wie weit die Bemühungen des damaligen Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, gediehen sind, den „Dachtarif“ für die Metropolregion finanziell mit Initialkosten zu unterstützen, wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist und welche Initiativen die Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Ilse Aigner, unternimmt, um die Eisenbahnverkehrsunternehmen zu einer Zustimmung zum „Letter of Intent“ (LoI) der Metropolregion zu bewegen, um auf der Grundlage des „Basiskonzepts“ einen umsetzungsreifen „Dachtarif“ auszuarbeiten und die Feinplanung auf den Weg zu bringen?

Alexander Muthmann
(fraktionslos)

Vor dem Hintergrund der Ankündigungen, dass zumindest für die nächsten zehn Jahre auf die Skischaukel am Riedberger Horn zugunsten eines naturnahen Tourismuskonzepts, ausgestattet mit rund 20 Mio. Euro, verzichtet werden soll, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Fördertöpfen (bitte unter genauer Angabe der entsprechenden Förderprogramme, Haushaltstitel und geplanten Ausgabezeitpunkte) diese angekündigten Mittel stammen sol-

len, unter welchen Voraussetzungen andere Regionen in Bayern Fördermittel für gleichwertige Programme erhalten können und wie viel Geld für entsprechende Förderungen des naturnahen Tourismus in anderen Teilräumen Bayerns zur Verfügung steht (auch hier bitte unter Nennung der Programme und Haushaltstitel)?

Thomas Mütze
(GRU)

Da die Staatliche Graphische Sammlung München, die aktuell in der Katharina-von-Bora-Straße in München untergebracht ist, neben den Kupferstichkabinetten in Berlin und Dresden die bedeutendste Sammlung für Zeichnungen und Druckgrafik in Deutschland bewahrt, wobei schon länger nach mehr Raum für die Präsentation gesucht wird, frage ich die Staatsregierung welche Pläne für einen Umzug der Staatlichen Graphischen Sammlung im Moment bestehen bzw. in Erwägung gezogen werden, welche Pläne für die Bauten der Ludwig-Maximilians-Universität an der Theresienstraße 37-41 in München bestehen und wie der innerstädtischen Raumnot beider Einrichtungen begegnet werden soll?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien das Blacklisting für Seiten im @BayernWLAN erfolgt, welche Seiten und Apps derzeit im @BayernWLAN geblockt sind (bitte auflisten) und auf welchem Weg es möglich ist, Blacklisting-Einträgen zu widersprechen?

Kathi Petersen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wird die Budgetierung zur Betreuung der praktischen Ausbildung an den Berufsfachschulen für Krankenpflege in der Höhe von 1,3 Wochenstunden auch bei der Realisierung der generalistischen Pflegeausbildung im Rahmen des Pflegeberufgesetzes aufrecht bleiben?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr bundes- oder landesrechtliche Regelungen bekannt sind, die heute schon über die Anforderungen der EU-Verordnung (Nr. 517/2014) hinausgehen, sie Kenntnis darüber hat, ob die Sanktionen, die die Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 25 der in Rede stehenden Verordnung „Sanktionen“ bis zum 01.01.2017 der Kommission mitteilen musste, von dieser hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit beanstandet wurden und welche Spielräume die in Rede stehende Verordnung zulässt?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie gedenkt sie die Kommunen stärker als bisher zu unterstützen, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Fehlbelegern (also anerkannte Flüchtlinge, die in einer Gemeinschaftsunterkunft oder dezentralen Asylunterkunft leben) in ihrem Gemeindegebiet zu versorgen haben, welche Überlegungen gibt es, Fehlbeleger aus Kommunen mit einem hohen Anteil an Fehlbelegern in Kommunen mit einem geringeren Anteil zu verteilen, und welche Zeitschiene zur Umsetzung dieser Planungen denkbar ist?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist aktuell die Betreuungsquote in Prozent und zahlenmäßigen Betreuungsplätzen von

Kindern unter drei Jahren in öffentlich geförderter Tagesbetreuung (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten und differenziert nach den verschiedenen Altersgruppen 0 bis 1 Jahre, 1 bis 2 Jahre, 2 bis 3 Jahre, 0 bis 3 Jahre und 1 bis 3 Jahre), wie hoch lag die Betreuungsquote in Prozent und zahlenmäßigen Betreuungsplätzen von Kindern unter drei Jahren in öffentlich geförderter Tagesbetreuung exakt 12 Monate zuvor (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten und differenziert nach den verschiedenen Altersgruppen 0 bis 1 Jahre, 1 bis 2 Jahre, 2 bis 3 Jahre, 0 bis 3 Jahre und 1 bis 3 Jahre), wie hoch ist aktuell die Betreuungsquote in Prozent und zahlenmäßigen Betreuungsplätzen von Kindern unter drei Jahren in öffentlich geförderter Tagesbetreuung im Bund und in den einzelnen Bundesländern, falls bekannt?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen aus den Landkreisen Freising, Erding, Pfaffenhofen und Dachau unterliegen als Angehörige der rechten und der „Reichsbürger“-Szene momentan dem Beobachtungsauftrag des Landesamtes für Verfassungsschutz, welchen Organisationen werden sie zugerechnet und befinden sich unter den beobachteten Personen auch Mitglieder der AfD?

Bernhard Roos
(SPD)

Nachdem am 01.03.2018 der Flüchtling L. im Klinikum Passau an den Folgen seiner Hepatitis-Erkrankung – die den bayerischen Behörden bekannt war, an Leberkrebs verstarb, wurde er trotzdem im Jahr 2017 nach Italien abgeschoben, wo er aufgrund der bekannten menschenunwürdigen Umstände für Flüchtlinge auf der Straße leben musste, er kehrte trotzdem wieder nach Deutschland zurück, wo er verstarb, deshalb frage ich die Staatsregierung, wie hätte nach Ansicht der Staatsregierung der Tod des Flüchtlings L. verhindert werden können (bitte daraus gezogene Lehren des Staatsministeriums des Innern und für Integration darlegen), welche medizinischen Grunduntersuchungen finden in Transitzentren statt und wie viele schwerkranke Flüchtlinge wurden seit dem Jahr 2014 abgeschoben (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?

Georg Rosenthal
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Bedrohung von Gastwirten durch die Gruppierung „Interventionistische Rechte – Kommando Otto Skorzeny“, frage ich die Staatsregierung, in welchen unterfränkischen Orten und wie viele unterfränkische Gastwirte von dieser und anderen rechten Gruppierungen bedroht werden, die Veranstaltungen „linker, grüner oder antifaschistischer“ Gruppierungen oder Parteien in ihren Räumlichkeiten zulassen, und welche Maßnahmen sie gedenkt, dagegen zu unternehmen?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Anlagen sich die Fortschreibung und Anpassung des Restwasserleitfadens (Mindestwasserleitfaden; Entwurf, Stand 06.12.2017) auswirken wird, ob sich der Geltungsbereich dieses Leitfadens auch auf Anlagen mit alten Rechten und alten Befugnissen erstreckt und ab welchem Zeitpunkt die im Leitfaden genannten Anforderungen dann für alle Anlagen verbindlich einzuhalten sind?

Franz Schindler
(SPD)

Da die dringend erforderliche Sanierung und Wiederinbetriebnahme der stadtbildprägenden Wasserräder an der sog. Storchennaab am Stadtpark in Schwandorf (früher: „Tivoli-Wehr“) seit Jahren deswegen nicht vorankommen, weil die Frage der Gewässerunterhaltslast für den nördlich der Wasserräder gelegenen Naabarm im Stadtgebiet von Schwandorf ebenso wenig geklärt sein soll wie die Frage, welche wasserrechtlichen Erlaubnisse für insgesamt vier Wehranlagen („Tivoli-Wehr“, Schuierer-Wehr, Krondorfer-Wehr, Fronberger-Wehr) vorhanden sind und zur Klärung dieser Fragen das Wasserwirtschaftsamt Weiden, das Landratsamt Schwandorf, die Regierung der Oberpfalz und das Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz tätig geworden sein sollen, frage ich die Staatsregierung, welches Ergebnis die seit Jahren andauernden Überprüfungen erbracht haben, wie sichergestellt wird, dass auch nach der Inbetriebnahme einer neuen Wasserkraftanlage am Krondorfer Wehr genügend Wassermengen vorhanden sind, um eine Verlandung des Naabarms auszuschließen und die Wasserräder an der sog. Storchennaab in Betrieb nehmen zu können und wer die Unterhaltslast für den Naabarm im Stadtgebiet von Schwandorf nördlich der Wasserräder zu tragen hat?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse besitzt sie über die Verbreitung des sogenannten Cyber-Grooming (gezielte Anbahnung sexueller Kontakte mit Minderjährigen über das Internet) in Bayern, wie viele Fälle von damit in Zusammenhang stehender sexueller Nötigung sind bekannt und wie werden in Bayern Kinder und Eltern hinsichtlich dieser Problematik sensibilisiert?

Katharina Schulze
(GRU)

Nachdem das damalige Bundesministerium des Innern im März 2017 entschied, dass YPG-Fahnen dann verboten sind, wenn sie stellvertretend für die PKK gezeigt werden, frage ich die Staatsregierung, ob sie der Auffassung ist, dass die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz aufgrund des Zeigens von YPG-Fahnen einen Bezug des Beschuldigten zur PKK voraussetzt, ob sie die Auffassung der Polizei München teilt, dass Medien zum Zweck der staatsbürgerlichen Aufklärung verbotene Zeichen zeigen dürften, dies aber nicht für die Nutzer dieser Medien gelte, wie zum Beispiel im Fall der Ermittlungen gegen Herrn J. K. wegen Teilens eines BR-Artikels auf Facebook, und falls ja, welche Kriterien qualifizieren Personen oder Institutionen nach Auffassung der Staatsregierung dafür, als Medium zu gelten und somit weitergehende Rechte als Privatpersonen zu besitzen?

Stefan Schuster
(SPD)

Im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung einer Bayerischen Grenzpolizei frage ich die Staatsregierung, welche Pläne die Staatsregierung für die Personalzuteilung 2019 der Absolventinnen und Absolventen der Polizeiausbildung auf die Polizeipräsidien hat, wie viele Absolventinnen und Absolventen der Bayerischen Grenzpolizei zugeteilt werden sollen und ob durch den Aufbau einer Bayerischen Grenzpolizei die Gesamtzahl der einzustellenden Absolventinnen und Absolventen über die bisherigen Planungen hinaus erhöht wird?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen wurden im Rahmen des Gewässer- und Bodenschutzes durch die Initiative boden:ständig und die einzelbetriebliche Beratung durch die Seenberater im Einzugsgebiet des Waginger Sees, des Tachinger Sees und des Abtsdorfer Sees durchgeführt, wie viel landwirtschaftliche Fläche im Einzugsgebiet in Prozent ist einbezogen und welche Ergebnisse der letzten Untersuchung ergeben sich in Bezug auf die Gewässerqualität?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Nachdem in der Erstaufnahmeeinrichtung Fürstenfeldbruck von derzeit 270 untergebrachten Frauen 90 schwanger sind und regelmäßig ca. die Hälfte der Frauen von den dort tätigen Ärztinnen und Ärzten nicht gesehen bzw. behandelt werden kann (z. B. am 13.03.2018: 14 Patientinnen gesehen, 15 abgewiesen), weil die Anzahl der Stunden nicht ausreicht, die seit Auftragserteilung an die MKT Krankentransport zur Verfügung steht, frage ich die Staatsregierung, wie beurteilt sie angesichts dieser Tatsache die medizinische Versorgung der schwangeren Frauen und welche Möglichkeiten gibt es, die Stundenzahl kurzfristig bedarfsgerecht zu erhöhen?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schichtleiter gibt es am Forschungsreaktor München (FRM) II, wie viele davon erfüllen die in der Richtlinie für den Fachkundenachweis von Forschungsreaktorpersonal unter Punkt 2.1.3.1.a) genannten Voraussetzungen (konkret: abgeschlossenes Studium bzw. staatlich anerkannter Techniker bzw. Meister) nicht und wann wurden in den vergangenen fünf Jahren diese Schichtleiterstellen öffentlich ausgeschrieben?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ursachen liegen der Kostensteigerung bei der Sanierung der Venusgrotte von Schloss Linderhof (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) zugrunde?

Reinhold Strobl
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass in nichtstaatlichen bayerischen Rettungsorganisationen sog. Rettungshunde in verschiedenen Einsatzbereichen eingesetzt sind und mit ihren Hundeführern einen unverzichtbaren ehrenamtlichen Dienst im Rahmen der Personensuche als Flächensuchhunde, Lawinensuchhunde, Trümmersuchhunde, Wasserrettungshunde etc. leisten, frage ich die Staatsregierung, wie viele Rettungshunde werden in Bayern (bitte aufgeschlüsselt nach den nicht staatlichen Organisationen wie Technisches Hilfswerk – THW, Bayerisches Rotes Kreuz – BRK, ASB – Arbeiter- und Samariterbund, JUH – Johanniter Unfallhilfe, MHD – Malteserhilfsdienst) zur privaten Gefahrenabwehr eingesetzt bzw. wie unterstützt die Staatsregierung diese Rettungsdienste und ihre Hundehalter hinsichtlich Futter, Versicherung, Pflege, Ausbildung, Tierarztkosten?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulen in Bayern verfügen über so genannte WLAN-Zonen in der absoluten Zahl und prozentual gesehen (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten, Bayern gesamt, den Regierungsbezirken und dort ansässigen Landkreisen und kreisfreien Städten)?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die Ansicht teilt, dass der Siedewasserreaktor Block C in Gundremmingen für die Stromversorgung Bayerns und Deutschlands bereits heute vollkommen überflüssig ist, nachdem im vergangenen Winterhalbjahr die drei Gaskraftwerksblöcke in Irsching, die zusammen mehr als 1.800 MW installierte Leistung haben, lediglich weniger als 4 GWh Strom produziert haben – was der Stromproduktion einer modernen Windkraftanlage in Bayern im selben Zeitraum entspricht – und das, obwohl seit dem 01.01.2018 der Block B des Atomkraftwerks Gundremmingen stillgelegt wurde?

Arif Tasdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie begegnet sie den Allianzen, über die bayerische Medien immer wieder öffentlichkeitswirksam berichten, nämlich der Zusammenarbeit und Kontaktfreudigkeit zwischen Funktionären und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern der AfD und der rechtsradikalen Gruppe „Identitäre Bewegung“, letztere sichtbar bei einer Demonstration in Freilassing, gibt es bereits ein Konzept, den Schulterschluss von Verfassungsfeinden und Parteien zu bekämpfen und wie setzt die Staatsregierung ihre staatliche Verantwortung um, die Bürger dieses Landes über die Vermischung einer bestehenden Partei und einer verfassungsfeindlichen Gruppierung zu informieren und öffentlich Stellung zu beziehen?

Angelika Weikert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Summe beläuft sich das Vergabevolumen öffentlicher Aufträge im Freistaat Bayern, wie gliedert sich diese Summe nach Sektoren bzw. Branchen auf und wie hat sie sich in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welcher Grundstückspreis ist beim aktuellen Wertgutachten der Immobilien Freistaat Bayern bezüglich des Grundstücks für das Grüne Zentrum Landshut ermittelt worden, inwiefern wird der Gutachterausschuss des Stadt Landshut hierbei noch mit einbezogen und aufgrund welcher planerischen Kategorie (Gemeinbedarfsfläche, Gewerbegebiet, Wohnbebauung etc.) ist das Wertgutachten erstellt worden?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche mit welchem sonderpädagogischen Förderbedarf wurden in den Schuljahren 2016/2017 und 2017/2018 in den bayerischen Schulen unterrichtet (bitte als Gesamtzahl und als Anteil an der Gesamtschülerzahl für die Schularten getrennt angeben)?

Herbert Woerlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist aktuell geplant, eine Richtlinie zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) zu verabschieden, die inhaltliche Änderungen zur gegenwärtig gültigen Richtlinie vorsieht (falls ja, ab welchem Zeitpunkt), wird diese Richtlinie ggf. auch weiterhin die Zuwendungsvoraussetzung für Grundschulen enthalten, wonach der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund über 20 Prozent liegen muss, um JaS-förderberechtigt zu sein, und wie begründet die Staatsregierung diese aktuell bestehende Zuwendungsvoraussetzung?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung ob sie plant, staatliche Flächen für den Bau von studentischem Wohnraum rund um den Campus Garching zur Verfügung zu stellen, und wenn nein, warum nicht?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie den Einsatz von Dokumentenprüfgeräten zur Erkennung gefälschter Ausweispapiere in kommunalen Meldebehörden, wie beziffert sie die Kosten für eine flächendeckende Ausstattung der kommunalen Meldebehörden in Bayern mit solchen Geräten und gibt es vonseiten der Staatsregierung Bestrebungen, eine entsprechende Ausstattung der kommunalen Meldebehörden mit Dokumentenprüfgeräten zu gewährleisten oder Kommunen bei deren Beschaffung zu unterstützen?